

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei  
und die Buchhandlung in Postenbestellung  
entgegen. — Preisliste nachfolgend.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. phil. h. c. h.  
Hans-Joachim Friedrichs, Leipzig, Postfach  
101, 10. März 1932.

Einzelnummer: 10 Pfennig. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 1010

Nr. 57

Dienstag, den 8. März 1932

27. Jahrgang

# Die Sicherung des Wahlkampfes

Groener an Adolf Hitler

Berlin, 5. März 1932.

Sehr geehrter Herr Hitler!

Sie haben am Sonntag, dem 28. Februar 1932, Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände des Adressaten gelangt ist. Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes gebietet, die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte.

Die Dinge, die Sie vorgebracht haben, erfordern aber eine öffentliche Antwort. Sie haben in dieser Rundgebung gegenüber der ausländischen Presse einen Appell an den Reichspräsidenten gerichtet, in die Handhabung der Maßnahmen einzugreifen, die die Regierungen des Reiches und der Länder zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während des Wahlkampfes zu treffen haben. Sie erwarten vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß er hierbei mit Rücksicht auf seine persönliche Kandidatur die ihm als Reichspräsidenten gegebenen Rechte zur Anwendung bringen sollte. Ihr Appell an die Prinzipien der Ritterlichkeit, den Sie damit verbinden, veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewunderungswürdiges Zeugnis seines Bemühens um eine objektive Amtsführung abgelegt hat, in Verwirrung zu bringen, meinem Empfinden der Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde.

Zu einzelnen Ihrer Beschwerden habe ich folgendes zu bemerken: Als Reichsinnenminister bin ich für die Sicherung der Wahlfreiheit verantwortlich. Wahlfreiheit bedeutet die Sicherung der freien Willensäußerung des einzelnen Staatsbürgers gegenüber Versuchen durch Terror und Zwang eine Wahlbeeinflussung auszuüben. Wahlfreiheit bedeutet aber nicht einen Freiheitsbrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf. Ihr Hinweis auf eine angebliche Verfassungswidrigkeit der bestehenden Verordnungen während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Artikels 125 der Reichsverfassung vorbei. Sie rufen den Schutz des Reichspräsidenten an gegen einige Teile des Wahlauftrages der SPD, in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit den Aufrufen und Rundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über Ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gebe, sich selbst gegen die Ihnen unbestritten erscheinenden Befürchtungen zu wahren — nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer politischen Ziele —, um damit die ernste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.

Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, daß der Wahlkampf auch gegen Ihre Person ritterlich geführt werde. Ich sage deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgelegten Bescheinigung der österreichischen Behörde in Sins die Behauptung, Sie seien österreichischer Deserteur gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Ich stelle auch mit Befriedigung fest, daß der Abgeordnete Dr. Goebbels in einem an mich gerichteten Brief von der Absicht einer Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten durch seine Äußerung im Reichstag weit abgerückt ist. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagsitzung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe. Ich bedaure, daß Dr. Goebbels nicht die erste Gelegenheit dazu benutzt hat, aus freiem Antrieb eine Erklärung abzugeben, die unter dem Ausdruck des Bedauerns seine Worte zurücknahm, und die mich der Pflicht zu meiner Erklärung im Reichstag entzogen hätte.

Abgesehen von diesem Einzelfall muß ich aber doch feststellen, daß in der von Ihnen betriebenen Propaganda die unangreifbare Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg immer wieder durch eine völlig entstellte Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabzusetzen versucht wird. Ich will den Fall nicht öffentlich aufgreifen, der kürzlich zur Beschlagnahme einer von Ihnen herausgegebenen illustrierten Zeitschrift führen mußte. Aber ich bin es dem Manne, der mit seiner Kandidatur ein tiefes Schicksal, persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen: Hindenburg ist nicht „der Kandidat Erlens“, ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen deutschen Volksgenossen in anderen Ständen.

Es widerspricht den Gesetzmäßigkeiten deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der politischen Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird; aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich schärend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, aber die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.

Es widerspricht den Gesetzmäßigkeiten deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der politischen Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird; aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich schärend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, aber die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.

Wählt ihn!  
Er ist der Beste!



Der Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg

## Der Wahlkampf

Eine Mahnwache des Finanzministers Dietrich

Berlin, 6. März. In einer von der Staatspartei veranstalteten, sehr stark besuchten Kundgebung sprach Reichsfinanzminister Dietrich über: Aufbau oder Chaos? Hindenburg oder Hitler? — Es scheint, als ob so etwas wie Aufwachen durch das Volk gehe und daß namentlich die rechts von uns stehenden Elemente die ungeheure Gefahr des Rechtsradikalismus begreifen und sich gegen ihn wenden, wie es Neben des deutschnationalen Kandidaten erkennen lassen. Der Minister wandte sich gegen eine künstliche Uebertreibung der Deflation, gegen eine weitere Kürzung von Gehältern und Löhnen. — Starker Beifall bejahte die Ausführungen des Ministers.

Düsterberg über die Harzburger Front

Berlin, 6. März. In einer Kundgebung des Kampfbundes „Schwarz-Weiß-Rot“ sagte Oberstleutnant Düsterberg über die Verhandlungen, die zu der Aufstellung seiner Kandidatur geführt haben: Noch am 20. Februar habe er die ihm angebotene Kandidatur zurückgestellt, um einer Einheitskandidatur der nationalen Opposition nicht im Wege zu stehen. Nachdem aber alle Verhandlungen mit Hitler gescheitert seien, müsse die Harzburger Front jetzt in zwei Kolonnen vorgehen. Er habe die feste Hoffnung, daß nach dem ersten Wahlgang die Möglichkeit vorhanden sein werde, eine Einigung herbeizuführen.

Hitler-Nebe in Weimar

Weimar, 6. März. Bei einer Wahlkundgebung auf dem Marktplatz erklärte Adolf Hitler, ein deutscher Reichsminister habe an ihn die Frage gerichtet, wie denn eigentlich das nationalsozialistische Programm beschaffen sei. In kurzer Zeit dürften die Herren sich darüber klar sein, daß sie keine Zeit mehr haben würden, das nationalsozialistische Programm zu lernen.

Keine Beurlaubung des Reichspräsidentenkandidaten Winter aus der Strafkast

Dresden. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Der als Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl auftretende Schriftsteller und Landwirt Gustav Winter verblüht zurzeit in den Vereinigten Gefangenenanstalten Bautzen 1 Jahr 3 Monate Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges. Der für Winter werbende Wahlausschuß hat gebeten, Winter für den Wahlkampf aus der Strafkast zu beurlauben. Das Reichliche Justizministerium hat diese Beurlaubung nicht zu bewilligen vermocht. Zu einer anderen Stellung-

nahme lag umso weniger Veranlassung vor, als hiergegen auch das Reichsministerium des Innern keine Bedenken aus wahlrechtlichen Gründen erhoben hat.

Blutige Zusammenstöße in Berlin

Ein Toter  
Berlin, 6. März. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es an mehreren Stellen der Stadt zu Zusammenstößen, die ein Todesopfer forderten. Beim Verteilen von Flugblättern wurden Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen, die sofort mehrere Schüsse auf ihre Gegner abgaben. Eine Kugel traf den 46jährigen Otto Ludwig in den Kopf und verletzte ihn tödlich.

180 Festnahmen in Berlin

Berlin, 6. März. Die Polizei hat im Laufe des heutigen Tages bis 8 Uhr abends 180 Personen, die vor allem der NSDAP und der SPD angehören, festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. Bisher ist nur ein kleiner Teil von ihnen wieder entlassen worden. Die meisten gehören Klebefolien an, andere waren an Schlägereien beteiligt und werden sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Ruhestörung zu verantworten haben.

Verbot der „Roten Fahne“

Berlin, 6. März. Wie wir in später Nachtstunde erfahren, hat der Polizeipräsident die „Rote Fahne“ erneut verboten.

Gründung einer neuen Partei in Württemberg

Stuttgart, 6. März. Führer der mittelfränkischen Organisationen, der Gewerbe- und Handwerkervereinigungen haben im Landtag eine neue Partei gegründet, den Berufsständischen Nationalbund, der bei den bevorstehenden württembergischen Landtagswahlen als geschlossene Gruppe auftreten wird.

„Nationale Würdelosigkeit“

Ausschluß des nationalsozialistischen Abgeordneten Forster aus dem DGB.

Berlin, 5. März. Die Verbandleitung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hat der „Täglichen Rundschau“ zufolge den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Albert Forster wegen „nationaler Würdelosigkeit“ aus dem Verbandsauschluß ausgeschlossen. Durch Schreiben vom 5. März ist er außerdem freilos aus den Diensten des DGB entlassen worden. Wie wir zu dem Fall aus Hamburg weiter erfahren, ist der Ausschluß Forsters erfolgt wegen seiner abfälligen